

November 2014

Stellungnahme zum Kommentar des Herrn Olaf Dellit; HNA
von Marcel Pritsch-Rehm, FWG-Fraktionsvorsitzender

Kommentar

Fast wie in alten Zeiten

Olaf Dellit über die Debattenkultur in Borken

Es war fast wie in alten Zeiten, als die Borkener Stadtverordneten am Montag tagten. Und das ist kein Kompliment.

Denn es wurde an die Zeiten angeknüpft, als persönliche Attacken das Bild prägten und es eher um Animositäten als um Inhalte ging. Und nun erlebte man eine Freie Wählergemeinschaft, die Anträge stellte, die vermutlich gar nicht beschlossen werden durften. Anträge voller Misstrauen gegenüber dem Magistrat, in dem auch – das sollte man nicht vergessen – zwei FWG-Vertreter Sitz und Stimme haben. Die FWG kritisierte, die Ortsbeiräte seien über Winterschließungen der Gemeinschaftshäuser nicht ausreichend informiert worden.

Bürgermeister Bernd Heßler reagierte, indem er endlose Daten von Sitzungen und Treffen aufzählte. So weit so gut. Doch dann zog Heßler einen Brief des Regierungspräsidenten heran, um damit zu belegen, dass die FWG sich mit Recht und Gesetz nicht auskenne. Mit der Sache hatte das rein gar nichts zu tun, es war ein Revanche-Foul gegen den FWG-Fraktionschef.

Sind die Borkener Verhältnisse also wieder da? Nein, es gibt Hoffnung. Das zeigte die Debatte um die Stromtrasse Südlink, die ausgesprochen sachlich und ohne künstliche Aufregung geführt wurde. Wenn die Zeichen nicht trügen, war der giftige Streit nur ein vorweihnachtlicher Ausrutscher. ode@hna.de

Sehr geehrter Herr Dellit,

als Zuhörer in der Stadtverordnetenversammlung haben Sie bemerkt, dass die abstrusen Attacken gegen mich lediglich von einer Person kamen. Ich dagegen habe rein sachlich argumentiert. Wenn Sie jetzt in die gleiche Kerbe wie der Bürgermeister hauen und meine Kritik an einem Verwaltungsakt im Kommentar als Misstrauen gegenüber den eigenen Stadträten darstellen, dann kennen Sie die Hessische Gemeindeordnung nicht. Wir haben sehr wohl das Recht, einzugreifen wenn Dinge schief laufen oder der Meinung sind, dass etwas vereinfacht werden kann. Und nur darum ging es bei unseren Anträgen.

Im Vergabeverfahren für die Anpachtung von städtischen Ackerflächen, sowie zu den Sparmaßnahmen bei den DGH's sollten bei Magistratsbeschlüssen die Empfehlungen der Ortsbeiräte mehr Beachtung finden. Und bevor bei den 14 Gemeinschaftshäusern pauschale Sparbeschlüsse nach Gesamtkosten gefasst werden, sollte jedes Haus für sich betrachtet und nach seinen eigenen Kosten beurteilt werden. Wie kann gegenüber den Mitbürgern gerecht entschieden werden, wenn keiner weiß, wo die meisten Kosten entstehen? Diese schweren, handwerklichen Fehler wurden von uns aufgezeigt und angesprochen, weil sie das Misstrauen in der Bevölkerung schüren, kontraproduktiv sind und den Bestand der Gemeinschaftshäuser gefährden. Wenn nach einer sachlichen Debatte unser Antrag mehrheitlich abgelehnt wird, kann ich gut damit leben. Für persönliche Angriffe im Parlament und falschen Darstellungen der Presse habe ich dagegen wenig Verständnis. Sie, Herr Dellit, sind also der Meinung, wir, die FWG soll schweigen, egal was passiert? Damit verbreiten Sie - ohne eigene Nachprüfung - einen falschen Sachverhalt und missachten journalistische Grundprinzipien. Wo bleiben denn da bei Ihnen Recht und Gesetz? Wir werden auch künftig von unserem Kontrollrecht Gebrauch machen und Anfragen sowie Anträge stellen (siehe: „**Konsolidierung der Gemeinschaftshäuser**“ sowie „**Verpachtung von städtischen Ackerflächen**“).